

Satzung der Gemeinde Ostenfeld b. Rendsburg über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Freiwilligen Feuerwehr

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein - GO - in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Februar 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 57), der §§ 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein – KAG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Januar 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 27) und des § 29 des Brandschutzgesetz des Landes Schleswig-Holstein – BrSchG - vom 10. Februar 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 200) in den jeweils geltenden Fassungen wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Ostenfeld b. Rendsburg vom 27.06.2016 folgende Satzung erlassen:

§ 1 Gebührenfreie Dienstleistungen

Der Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr ist gebührenfrei bei

1. Bränden (§ 29 Abs. 1 BrSchG),
2. gemeindeübergreifender Löschhilfe bis zu einer Entfernung in der Luftlinie von 15 km von der Grenze des Einsatzgebietes (§ 21 Abs. 3 BrSchG),
3. der Befreiung von Menschen aus lebensbedrohlichen Lagen (§ 29 Abs. 1 BrSchG),
4. der Hilfeleistung bei öffentlichen Notständen, die durch Naturereignisse verursacht werden (§ 29 Abs. 1 BrSchG),
5. Durchführung der hauptamtlichen Brandverhütungsschau.

§ 2 Gebührenpflichtige Dienstleistungen

- (1) Soweit nicht nach § 1 Gebührenfreiheit besteht, werden für das Tätigwerden der Freiwilligen Feuerwehr die in dieser Gebührensatzung festgesetzten Gebühren erhoben.
- (2) Bei gemeindeübergreifender Löschhilfe außerhalb eines Umkreises von 15 km Luftlinie – von der Grenze des Einsatzgebietes gerechnet – und bei Hilfeleistungen außerhalb des Einsatzgebietes sind die durch diesen Einsatz entstandenen Kosten zu erstatten (§ 21 Abs. 3 BrSchG).
- (3) Gebührenpflicht besteht gem. § 29 Abs. 2 BrSchG auch bei Einsätzen in den zusätzlichen Einsatzbereichen nach § 21 Absatz 4 BrSchG sowie zu Zwecken nach § 1 im Falle
 1. vorsätzlicher Verursachung von Gefahr oder Schaden,
 2. vorsätzlicher grundloser Alarmierung der Feuerwehr,
 3. eines Fehlalarms einer Brandmeldeanlage,
 4. einer bestehenden Gefährdungshaftpflicht,
 5. einer gegenwärtigen Gefahr, die durch den Betrieb eines Kraft-, Luft-, Schienen- oder Wasserfahrzeuges entstanden ist,

6. von Aufwendungen für Sonderlöschmittel bei Bränden in Gewerbe- und Industriebetrieben.
- (4) Von der Erhebung der Gebühr kann ganz oder teilweise abgesehen werden, soweit die Erhebung nach Lage des Einzelfalles eine unbillige Härte wäre oder der Verzicht aufgrund gemeindlichen Interesses gerechtfertigt ist.

§ 3 Höhe und Bemessungsgrundlagen der Benutzungsgebühr

- (1) Die Benutzungsgebühr wird auf der Grundlage der nachstehenden Gebührentabelle nach Stundensätzen erhoben.

Der für die Berechnung des Stundensatzes maßgebliche Zeitraum ergibt sich aus dem Zeitpunkt der Alarmierung bzw. Aufnahme der Sicherheitswache und der Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft.

G e b ü h r e n t a b e l l e

Tz.	gebührenpflichtige Leistung	Gebühr je Stunde
1. <u>Gebühr für den Einsatz von Feuerwehrangehörigen</u>		
1.1.	je Person bei Einsätzen	28,00 €
1.2.	je Person bei Feuersicherheitswachen	14,00 €
2. <u>Gebühr für den Einsatz von Fahrzeugen</u> (ohne Gebühr nach Tz. 1)		
2.1.	Tragkraftspritzenfahrzeug – TSF/W	83,00 €
2.2.	bei Feuersicherheitswachen	41,50 €
3. <u>Fehlalarmierung</u> - Einsatz von Feuerwehrangehörigen und Fahrzeugen		
3.1	bei Fehlalarmierung durch irrtümlich ausgelöste Brandmeldeanlagen	150,00 €/pauschal

- (2) Als Mindestsatz wird die Gebühr für eine viertel Stunde in Rechnung gestellt. Für jede weitere angefangene viertel Stunde wird die Gebühr für eine viertel Stunde erhoben.
- (3) Die Anzahl des einzusetzenden Personals sowie die Auswahl der Fahrzeuge, Geräte und Ausrüstungsgegenstände liegen im pflichtgemäßen Ermessen der Einsatzleiterin oder des Einsatzleiters.

- (4) Mit den Stundensätzen nach Teilziffer 2 sind die Kosten für die Betriebsmittel abgegolten; nicht eingeschlossen sind die in § 4 dieser Satzung genannten Verbrauchsmittel.
- (5) Eine Gebühr ist auch dann zu zahlen, wenn die Feuerwehr nach ihrem Ausrücken nicht mehr tätig zu werden braucht und die Feuerwehr dieses nicht zu vertreten hat.
- (6) Die Benutzungsgebühr bei der Durchführung von Feuersicherheitswachen bei einer Dauer von mehr als 24 Stunden kann pauschal abgerechnet werden. Bei mehrtägigen Sonderveranstaltungen kann mit dem Veranstalter eine von Abs. 1 und 2 abweichende Gebühr festgesetzt werden.

§ 4 Kostenerstattung

- (1) Ausgaben für verbrauchbare Stoffe (z. B. Ölbindemittel, Filter, Prüfröhrchen), die zur unmittelbaren Gefahrenabwehr notwendig waren, sind als Auslagen zu erstatten. Für die Abgeltung der eigenen Aufwendungen wird ein Zuschlag in Höhe von 6 % des Betrages nach Satz 1, höchstens jedoch 100,00 €, erhoben.
- (2) Fallen bei den gebührenpflichtigen Dienstleistungen Reisekosten nach dem Bundesreisekostengesetz vom 26. Mai 2005 (BGBl. I. S. 1418) in der jeweils geltenden Fassung an, so sind diese als Auslagen besonders zu erstatten.
- (3) Die Kosten für Verluste an Fahrzeugen oder Geräten sowie Schäden, die bei Verrichtungen der Feuerwehren entstehen, sind - soweit sie nicht Folge normalen Verschleißes sind - besonders zu erstatten.

§ 5 Gebührensschuldner

- (1) Gebührensschuldner sind
 1. der Auftraggeber,
 2. der Eigentümer oder diejenige Person, zu deren Gunsten die Leistungen erfolgen,
 3. diejenige Person, die den Einsatz der Feuerwehr verursacht oder zu vertreten hat.
- (2) Mehrere Gebührensschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 6 Entstehung und Fälligkeit der Gebührenschuld

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht mit der Alarmierung oder dem Beginn der Inanspruchnahme der Feuerwehr.
- (2) Die Gebührenschuld wird zwei Wochen nach Zugang des Gebührenbescheides fällig.
- (3) Eine Vorauszahlung bis zur Höhe der voraussichtlichen Benutzungsgebühr kann gefordert werden.

§ 7

Ersatzansprüche der Gemeinde als Träger der Feuerwehren

Für die Berechnung der Ersatzansprüche nach § 21 Abs. 3 BrSchG ist diese Satzung sinngemäß anzuwenden. Dieses gilt im Übrigen für alle anderen möglichen Ersatzansprüche der Gemeinde.

§ 8

Datenverarbeitung

- (1) Die Gemeinde Ostenfeld b. Rendsburg ist befugt, auf der Grundlage von Angaben der Gebührenschuldnerinnen und Gebührenschuldner sowie eigener Ermittlungen ein Verzeichnis mit den für die Gebührenerhebung nach dieser Satzung erforderlichen Daten zu führen und diese Daten zum Zwecke der Gebührenerhebung nach dieser Satzung zu verwenden und weiter zu verarbeiten.
- (2) Zur Ermittlung der Gebührenschuldnerinnen und Gebührenschuldner sowie zur Gebührenerhebung nach dieser Satzung ist die Verwendung der erforderlichen Personen bezogenen Daten, die von Dritten (insbesondere Ordnungsbehörden) erhoben worden sind, zulässig; sie dürfen zum Zwecke der Gebührenerhebung nach dieser Satzung weiter verarbeitet werden.
- (3) Für die Ersatzansprüche gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.

§ 9

Haftung für Schäden

- (1) Für Personen- und Sachschäden, die bei einem Einsatz der Feuerwehren entstehen, haftet die Gemeinde Ostenfeld b. Rendsburg (Feuerwehr) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit.
- (2) Die Gebührenschuldnerinnen und Gebührenschuldner haben die Gemeinde Ostenfeld b. Rendsburg (Feuerwehr) von Ersatzansprüchen Dritter wegen Einsatz bedingter Schäden frei zu stellen, sofern diese von den Feuerwehren nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht worden sind.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Ostenfeld b. Rendsburg, 27. Juni 2016

gez. Schumacher

Arnold Schumacher
(Bürgermeister)

Satzung	Datum	In Kraft seit
Feuerwehrgebührensatzung	27.06.2016	02.07.2016